

Amt der Tiroler Landesregierung
Eduard-Wallnöfer-Platz 3
6020 Innsbruck

Präsidium
Wirtschaftskammer Tirol
Wilhelm-Greil-Straße 7 | 6020 Innsbruck
T 05 90 90 5-1248 | F 05 90 90 5-51431
E praesidium@wktiroel.at
W WKO.at/tirol

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
VD-1399/305-2024

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
WSU/Gärtner, Achatz/st

Durchwahl
1267

Datum
06.11.2024

Stellungnahme zum Gesetzesentwurf, zur 2. Dienstrechts-Novelle 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die EU Richtlinie zur Umsetzung transparenter Arbeitsbedingungen wurde im Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz bereits im März 2024 umgesetzt und trat mit 28. März 2024 bereits für weite Teile der Beschäftigten in Kraft. Mit Verzögerung erfolgt dies nun auch für die Beschäftigten des Landes und der Gemeinden in Tirol. **Insbesondere da gerade der öffentliche Sektor eine Vorbildfunktion innehat, wäre zu erwarten gewesen, dass das Land Tirol mit gutem Beispiel vorangeht und die EU-Vorgaben rascher umsetzt!**

Zudem ist es in höchstem Maße **unverständlich und enttäuschend**, dass diese Novellierung **nicht auch dazu genutzt wurde**, um das Dienstrecht des Landes und der Gemeinden in Tirol **zukunftsorientiert und gesellschaftlich relevant zu gestalten** und damit den Herausforderungen einer leistungsorientierten modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Statt die Gelegenheit zu nutzen, die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst an die Anforderungen einer modernen, leistungsorientierten Arbeitswelt anzupassen, **verharrt man im Status quo!**

Insbesondere der im Öffentlichen Dienst weiterhin gegebene erhöhte Kündigungsschutz bzw. der Pragmatisierung hätte (und bedarf) dringend einer Reform bedurft! Eine Anpassung an zeitgemäße Standards, wie sie in der Privatwirtschaft gang und gäbe sind, wären notwendig gewesen, auch um faire Wettbewerbsbedingungen und ein modernes Arbeitsumfeld zu schaffen. Stattdessen bleibt der öffentliche Dienst weiterhin davon abgeschottet! Die Entscheidung, diese Reformmöglichkeit ungenutzt zu lassen, wirkt nicht nur **mutlos, sondern auch als Zeichen einer fehlenden Bereitschaft, auf die Realitäten der Arbeitswelt einzugehen.**

Anhang: „Forderung nach einem modernen Landes-Dienstrecht“

Damit lässt der Öffentlichen Dienst eine weitere Gelegenheit ungenutzt, durch die Umsetzung dieser schon längst überfälligen Reformen auch eine höhere Akzeptanz in der Gesellschaft zu erwirken und damit zusammenhängend auch mehr Flexibilität im Einsatz ihrer Beschäftigten. Unsere Forderungen nach einem modernen Dienstrecht für eine effiziente Landes-Verwaltung werden deshalb der gegenständlichen Stellungnahme angefügt. **Es ist an der Zeit - und wird von uns erwartet - diese Reformen entschlossen anzugehen und umzusetzen!**

Freundliche Grüße

WIRTSCHAFTSKAMMER TIROL



Barbara Thaler
Präsidentin



Mag.^a Evelyn Geiger-Anker
Direktorin